

Beate Müller-Gemmeke

- (A) letzten Jahren gestiegenen Löhnen argumentieren, dann ist das nicht redlich; denn das ignoriert den Nachholbedarf. Deshalb verstehe ich schon, dass Verdi einen Sockelbetrag von 100 Euro für alle fordert; denn das stärkt gerade die unteren und die mittleren Einkommensgruppen wie beispielsweise eine Krankenschwester, die gerade einmal 2 100 Euro verdient. Die Sockelforderung ist also gerecht, und sie ist im Übrigen auch richtig; denn mit Blick auf den Fachkräftemangel müssen diese gesellschaftlich relevanten Berufsgruppen attraktiv bleiben, und Wertschätzung drückt sich nun einmal auch über den Lohn aus.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Drittens. Verdi fordert zudem die Übernahme der Azubis nach der Ausbildung. Verdi kritisiert auch die steigende Zahl der Befristungen ohne sachlichen Grund und möchte, dass die Arbeitgeber zukünftig darauf verzichten. Diese Forderungen kann ich aus ganzem Herzen unterschreiben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Berufseinstieg von jungen Menschen ist heute häufig lang und auch prekär. Mit Blick auf den demografischen Wandel müsste es doch eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, dass junge Menschen nach einer Berufsausbildung eine Perspektive erhalten. Aber der Trend zur Befristung trifft insbesondere junge Menschen. Lebensplanung ist ein Begriff, über den junge Menschen teilweise nur noch müde lächeln können. Deshalb wollen wir die sachgrundlose Befristung abschaffen. Sie, die Regierungsfractionen, haben sich bei den Befristungen auf nichts einigen können. Das werde ich immer und immer wieder kritisieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Viertens. Morgen ist übrigens Equal Pay Day. Frauen verdienen immer noch 22 Prozent weniger als Männer.

(Armin Schuster [Weil am Rhein] [CDU/CSU]:  
Aber nicht im öffentlichen Dienst!)

Wenn wir heute schon über Tarifverhandlungen diskutieren, dann nutze ich natürlich die Gelegenheit und fordere, dass die Tarifparteien überprüfen, ob die Tarifverträge Entgeltdiskriminierungen enthalten. Der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche und insbesondere gleichwertige Arbeit“ muss endlich durchgesetzt werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten  
der SPD)

Die bestehende Lohnlücke muss im 21. Jahrhundert endlich der Vergangenheit angehören; denn Frauen verdienen mehr.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten  
der SPD)

Fünftens. Die Kommunen und deren Beschäftigte dürfen nicht weiter unter einer verfehlten Finanzpolitik

leiden. Sie müssen so ausgestattet sein, dass sie ihre Aufgaben für die Menschen vor Ort bewältigen und ihre Beschäftigten ordentlich bezahlen können. Die Kommunen müssen also endlich im Mittelpunkt der Bundespolitik stehen. Mit den leeren Versprechungen muss endlich Schluss sein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Zuruf  
des Abg. Ingo Gädechens [CDU/CSU])

– Na ja, es steht viel im Koalitionsvertrag. Man wird sehen, was tatsächlich umgesetzt wird. Momentan muss man wirklich Sorge haben, dass bei den Kommunen fast nichts ankommt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der LINKEN)

Natürlich kosten solche Tarifverhandlungen schlussendlich auch Geld. Wenn die Linke jetzt einfach einmal einen 6 Milliarden Euro teuren Blankoscheck ausstellt, dann macht sie sich die Haushaltspolitik zu einfach. Sie hätte in den Antrag schon hineinschreiben müssen, wo sie das Geld eigentlich herbekommen will. Die Verhandlungspartner müssen sich nicht nur einigen, sondern die Bundesregierung muss natürlich auch für die notwendige Finanzierung sorgen.

Kurzum: Gutes Geld für gute Arbeit im öffentlichen Dienst, und zwar für Männer und Frauen, finanziell gut ausgestattete Kommunen und ein tragfähiger Haushalt, das sind die Hausaufgaben, die Sie, die Regierungsfractionen, zu erledigen haben. Wir werden Sie daran messen.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei der Abg. Halina Wawzyniak [DIE  
LINKE])

**Vizepräsident Johannes Singhammer:**

Als nächstem Redner erteile ich das Wort dem Kollegen Mahmut Özdemir, SPD.

(Beifall bei der SPD)

**Mahmut Özdemir (Duisburg) (SPD):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Während wir uns heute mit dem Antrag der Fraktion Die Linke befassen, wurde die zweite Tarifverhandlungsrunde zwischen den Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen und deren Arbeitgebern eingeläutet. Das – und eben nicht der Deutsche Bundestag – sind im Übrigen die wahren Verantwortlichen, die den Tarifabschluss am Ende vereinbaren. Es handelt sich hierbei um Verantwortliche, die sich auf Grundsätze wie Tarifpartnerschaft und Tarifautonomie nicht zuletzt im Schutze von Art. 9 Grundgesetz berufen können, auf Grundsätze, die tief im Demokratie- und Sozialstaatsprinzip wurzeln.

(Zuruf des Abg. Harald Weinberg (DIE  
LINKE))

**Mahmut Özdemir (Duisburg)**

- (A) – Das kann ich Ihnen an einer anderen Stelle gern noch einmal erläutern, wenn Sie es möchten.

Diese Vorüberlegungen führen mich zu Beginn meiner Rede direkt zu der Frage, was dieser Antrag eigentlich bezwecken mag. Dieser Antrag enthält keine haushalterische Würdigung, keinen Vorschlag zur Gegenfinanzierung einer Tarifanpassung, drischt aber munter Phrasen von verteilungsneutralen Spielräumen und suggeriert, dass der öffentliche Dienst nie gewürdigt wird. Er enthält im Übrigen ein Zahlenwerk, dessen Analyse sich nur der Fraktion Die Linke erschließt, mir aber nicht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Schauen Sie sich doch einfach eine Übersicht über die Tarifabschlüsse von 1990 bis heute an. Die Würdigung des öffentlichen Dienstes basiert durch die Bank auf einer insgesamt ausgewogenen und kompromissfreudigen Kooperation zwischen dem Bundesministerium des Innern und den Kommunen auf der einen Seite und den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes auf der anderen Seite. Ich stufe den Antrag daher als untauglichen Versuch ein, auf Kosten der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes eine Generalabrechnung mit der Wirtschafts- und Finanzpolitik der vergangenen Jahre zu betreiben. Damit ist den Tarifparteien von dieser Stelle aus überhaupt nicht geholfen, wohl aber mit der Wahrnehmung parlamentarischer Pflichten, liebe Kolleginnen und Kollegen. So zeigen wir Sozialdemokraten Haltung und Solidarität mit dem öffentlichen Dienst.

- (B) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Zuruf des Abg. Harald Weinberg [DIE LINKE])

– Ja, ist ja gut.

Ich stimme Ihnen bei der Bestandsaufnahme sogar in Teilen zu: Der öffentliche Dienst ist unverzichtbar, gerade weil wir als Abgeordnete Aufgaben schaffen, die hoheitlich und im weitesten Sinne öffentlich zu erledigen sind. Der öffentliche Dienst hat in vorherigen Tarifrunden schmerzhaft, aber für unser Gemeinwesen auch notwendige Opfer erbracht; das zieht keiner in Zweifel. Diese Opfer nötigen mir den höchsten Respekt ab.

Aber die Wertschätzung eines Beschäftigten drückt sich nicht nur in Geld aus. Keiner von uns in diesem Hause ist – das unterstelle ich einfach einmal – Abgeordneter wegen des Geldes. Kein Polizeibeamter trägt seine Uniform wegen des Geldes. Keine Erzieherin und kein Erzieher geht jeden Tag in die Kita nur wegen des Geldes.

(Inge Höger [DIE LINKE]: Aber sie müssen davon leben können!)

– Ich habe Ihnen auch zugehört. Ich weiß, dass das für Sie schmerzhaft ist.

(Zurufe von der LINKEN)

Ich möchte mit dieser idealistischen Betrachtungsweise gar nicht ablenken, aber das Augenmerk darauf richten, dass ein Beruf zwar die wirtschaftliche Lebens-

grundlage darstellt, aber ohne akzeptable Rahmenbedingungen überhaupt nichts wert ist. Die Kollegen von der Müllabfuhr, die jeden Morgen um 4.30 Uhr ans Werk gehen, die Kollegen von Bus und Bahn, die Taktungen halten, die Erzieher, die auch mal ein paar Minuten dranhängen, weil die Eltern noch im Stau stehen,

(Inge Höger [DIE LINKE]: Die sollen besser bezahlt werden!)

alle diese Beschäftigten können sich unserer Solidarität jederzeit sicher sein.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Da besteht überhaupt kein Dissens in diesem Haus. Führen Sie einen solchen doch nicht künstlich herbei!

Um das Ergebnis vorwegzunehmen und den Antrag damit weitestgehend zu erledigen: Es wird am Ende der Tarifverhandlungen ein Mehr für den öffentlichen Dienst geben, und mit hoher Wahrscheinlichkeit wird der Tarifabschluss, wie in der Vergangenheit regelmäßig geschehen, eins zu eins auf die Beamten übertragen werden. Die Frage ist und bleibt, was die Aufgabe des Deutschen Bundestages hier und heute ist.

Jedenfalls ist es nicht die Aufgabe des Deutschen Bundestages, sich mit diesem Antrag in den Rang einer Tarifvertragspartei zu erheben

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

und zu beanspruchen, anstelle der Arbeitgeber- oder Arbeitnehmerseite zu sprechen.

(Zurufe der Abg. Dr. Alexander S. Neu [DIE LINKE] und Pia Zimmermann [DIE LINKE])

Dieser Antrag missachtet die Tarifautonomie der verhandelnden Parteien und fällt der Bundesregierung in den Rücken, nur um den streikenden und verhandelnden Beschäftigten Unterstützung vorzugaukeln,

(Dr. André Hahn [DIE LINKE]: Wir wollen die Bundesregierung ermutigen!)

indem man eine Höchstforderung im Rahmen von Verhandlungen abschreibt. Keine Verhandlungspartei – ich betone: das gilt für beide Seiten – erwartet ernsthaft, dass den anfänglichen Forderungen entsprochen wird. Deshalb ist es weder ernsthafte noch wahrhafte Politik, was Sie hier betreiben.

Der Antrag verkennt die politische Wirklichkeit mutmaßlich, allem Anschein nach auch bewusst; sonst müssten Ausführungen zur Konsolidierung des Bundeshaushalts dort Platz finden.

Die Ausführungen zur Verteilungsgerechtigkeit gehen völlig fehl. Der Antrag verkennt dabei, dass die Gehaltsstrukturen des öffentlichen Dienstes ein weites Band spannen. Soziale Gerechtigkeit spiegelt sich auch hier wider, findet ihre Grenze aber spätestens im Gleichheitsgebot. Entscheidungen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Fraktion Die Linke, erfordern das Rückgrat, auch unangenehme Haushaltslagen in Politik umzumünzen.

**Mahmut Özdemir (Duisburg)**

- (A) Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes brauchen keine Abgeordneten, die sich bei Streikkundgebungen nur für ein Foto hergeben, das man danach twittern oder posten kann. Der öffentliche Dienst braucht Abgeordnete, die exakt das halten, was sie fordern, die exakt das tun, was sie versprechen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Zurufe von der LINKEN)

– Wenn ich mehr Redezeit hätte, würde ich es Ihnen erklären. – Es mag ja an der fehlenden Erfahrung einer Regierungsbeteiligung liegen – das sehe ich ein –,

(Lachen bei der LINKEN)

aber ich muss schon fragen: Wie lange wollen Sie eigentlich Anträge stellen, an deren Umsetzung Sie selber berechtigterweise zweifeln müssen?

Lassen Sie mich nach diesem Ausflug in die realitätsnahe Politik

(Lachen bei der LINKEN)

noch einmal an das Thema Arbeitsbedingungen anknüpfen. Während wir Haushaltsdebatten führen, gehen Beschäftigte in Pension und nehmen ihre Stellen sozusagen mit in den Ruhestand. Es fehlen dann Stellen, was den Arbeitsdruck bei den im Dienst stehenden Beschäftigten erhöht oder die Erledigung einer Aufgabe schlicht entfallen lässt. Das Stichwort, auf das ich hier anspiele, lautet „Aufgabenkritik“. Es geht um eine Aufgabenkritik, die unter den Aspekten der Qualitätssicherung und Personalsteuerung im Angesicht der Haushaltslage zu erfolgen hat, eine Aufgabenkritik, die Tarifautonomie und Mitbestimmung auch und erst recht im öffentlichen Dienst zum zentralen Ausgangspunkt macht.

(B)

Deshalb sind die Tarifverhandlungen aus meiner Sicht dringend notwendig. Die erste Streikwelle hat uns deutlich gezeigt, was das in Ballungsräumen bedeuten kann. 45 000 Beschäftigte, die die Arbeit niederlegen, darunter 10 000 allein im öffentlichen Personennahverkehr, das ist kein Pappentier. Tarifverhandlungen aber oder Anträge im Bundestag entheben uns nicht der Aufgabe, objektiv zu definieren, was der Staat im 21. Jahrhundert zu leisten bereit ist und wozu er verpflichtet ist.

Gehaltsanpassungen, bezogen auf die zu erledigenden Aufgaben, wirken immer nur kurzfristig. Sprechen Sie doch einmal mit den Beschäftigten im öffentlichen Dienst! Ich unterstelle, dass Sie das nicht tun.

(Widerspruch der Abg. Sabine Zimmermann [Zwickau] [DIE LINKE])

Ich war im vergangenen Sommer bei Streikkundgebungen der Kolleginnen und Kollegen von der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung, die sich für einen Tarifvertrag einsetzen müssen. Sprechen Sie doch einmal mit den Beschäftigten in mittlerweile privatisierten Staatsunternehmen oder mit den Beschäftigten in Justiz und Polizei! Die lassen sich nicht nur hinter verschlossenen Türen die Aussage entlocken, dass sie bereit wären, auf Geld zu verzichten, wenn dafür mehr Personal eingestellt würde. Auch das gehört zur Realität, die Sie verkennen.

(Zurufe von der LINKEN)

(C)

– Dass Sie schreien, zeigt mir, dass Sie keine Argumente mehr haben. Schön! – So etwas geht aber nur mit einer Aufgabenanalyse im öffentlichen Dienst, um darauf Arbeitsbedingungen und Gehaltsstrukturen aufzubauen.

Diesen Zielkonflikt zu lösen, das ist die Aufgabe aller Fraktionen in diesem Haus. Stattdessen schwingen Sie sich mit Ihrem Antrag aber zur alleinigen Arbeitnehmervertretung auf und schreiben in Ihrem Antrag die Forderungen auch noch unvollständig ab. Die Verdi-Bundestarifkommission fordert nämlich bei einjähriger Tarifaufzeit einen Sockelbetrag von 100 Euro plus 3,5 Prozent mehr Gehalt, aber auch verbindliche Übernahmeregelungen für Auszubildende und den Ausschluss von sachgrundloser Befristung. Das haben Sie in Ihrer Begründung zwar angeführt, aber das scheint Ihnen doch so unwichtig zu sein, dass Sie es nicht in Ihren Antrag hineinschreiben. Wenn wir diese Debatte schon führen dürfen – oder besser: müssen –, dann bitte schön auch vollständig.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Zurufe von der LINKEN)

Es ist höchst fragwürdig, die Bundesregierung aufzufordern, den Tarifforderungen vollumfänglich stattzugeben, obschon Sie wissen, dass nur der Bundestag in seiner Gesamtheit über den Haushalt entscheidet. Sie schieben eine Verantwortung, die dem Parlament obliegt, einfach weg, nämlich die Verantwortung, darüber zu entscheiden, welche Aufgaben der öffentliche Dienst zu erledigen hat und was die Erledigung dieser Aufgaben kostet. Mit Ihren Anträgen verhält es sich so wie mit den im Training gefährlichen Torschützen: Im Meisterschaftsspiel laufen sie vor dem Ball einfach davon.

(D)

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Gerade deshalb ermuntere ich Sie: Lassen Sie uns doch die Facharbeit hierzu leisten! Schreiben Sie einmal einen Antrag weniger, und nutzen Sie die Zeit, um mit uns Verbesserungen für den öffentlichen Dienst zu erreichen und zu erarbeiten, Verbesserungen, die auch Haushaltsanforderungen standhalten!

(Zurufe von der LINKEN)

Dazu zählt weiter, dass wir schon dieses Jahr Kommunen bei der Grundsicherung im Alter vollständig entlasten werden, in den Folgejahren 2015 und 2016 jeweils 1 Milliarde Euro investieren

(Zuruf von der LINKEN)

– ja, dann helfen Sie dabei mit! – und 2017 und 2018 einen weiteren Aufwuchs auf 5 Milliarden Euro haben, um die finanzielle Entlastung zu verstetigen. Das, was bei den Ländern die Schuldenbremse ist, ist nämlich bei den Kommunen die im Raum stehende Drohung der Aufsichtsbehörden mit Haushaltssperren. Der Vorsitzende des Städte- und Gemeindebundes hat es doch richtig und deutlich formuliert: In der derzeitigen Situation würden wir uns mit einem überhöhten Tarifabschluss gegenseitig schaden,

**Mahmut Özdemir (Duisburg)**

- (A) (Sabine Zimmermann [Zwickau] [DIE LINKE]:  
Und die Diätenerhöhung?)

bevor wir nicht vorher die unbedingt notwendigen Entlastungen durchgeführt haben.

Ergänzt werden müssen diese Aspekte zusätzlich um eine Verwaltungsmodernisierung: Zentrale und dezentrale Personalsteuerung, ausgewogene Altersstrukturen und gewinnbringender Personaleinsatz nach Bedarf

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Und das alles ohne Geld!)

müssen diesen Bereich attraktiv machen. Das heißt auch, dass sich die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Pflege in einem gerechten Bezahlungssystem widerspiegeln muss.

Die Flexibilität der Tätigkeiten im öffentlichen Dienst mit Teil- und Vollzeitmodellen und anderen Handlungsmöglichkeiten ist mit Geld überhaupt nicht aufzuwiegen. Schon jetzt, in seinem derzeitigen Aufgabenprofil, ist der öffentliche Dienst ein Garant für die Wahrung und Umsetzung unserer Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Gerade deshalb wenden sich die Beschäftigten im öffentlichen Dienst mit einer großen Hingabe auch ihrem Recht auf Mitbestimmung zu.

- (B) Diese Art der Mitbestimmung ist für die Sozialdemokraten das Leistungsmerkmal des öffentlichen Dienstes, das wir schützen und wahren wollen; denn sowohl der Staat als Arbeitgeber als auch die Unterebenen als Arbeitnehmer sind vereint in dem Streben nach Funktionsfähigkeit der öffentlichen Daseinsvorsorge. In diesem gemeinsamen Ziel verbunden wünsche ich den wahren Handelnden, die nicht hier im Bundestag sitzen, sondern am Verhandlungstisch, Besonnenheit, gegenseitige Wertschätzung, aber auch harte Verhandlungen, damit die Beschäftigten wieder zurück an ihre Arbeit kehren können.

Damit danke ich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche allen verhandelnden Kolleginnen und Kollegen in Potsdam von hier aus ein herzliches Glückauf.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

**Vizepräsident Johannes Singhammer:**

Als nächstem Redner erteile ich das Wort dem Kollegen Alois Karl, CDU/CSU.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Alois Karl (CDU/CSU):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute ist, Herr Präsident, Frühlingsergebnis. Ich habe heute meine Stimme fast verloren, nicht wegen des Antrags der Linken, sondern wegen grippaler Einflüsse. Bevor es mir gänzlich die Stimme verschlägt, Herr Präsident, möchte ich gleich das Ergebnis vorwegnehmen: Wir als CDU/CSU und auch unser Koalitionspartner lehnen den Antrag der Linken ab.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(C) Damit komme ich zum Inhalt. In wenigen Wochen begehen wir einen Geburtstag: Am 23. Mai 1949, also vor 65 Jahren, ist das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland in Kraft getreten, mit vielen Freiheitsrechten, unter anderem in Art. 9 Abs. 3 mit dem Recht auf Koalitionsfreiheit. Das umfasst aber nicht nur das Recht, eine arbeitsrechtliche Koalition zu begründen, sondern auch die Betätigungsfreiheit. Die Tarifvertragsparteien haben davon in den letzten 65 Jahren in außerordentlich ernster und korrekter Weise Gebrauch gemacht und haben die tariflichen Belange sinnvoll geregelt. Die Tarifvertragsparteien waren immer frei in ihrer Betätigung, frei von staatlichen Einflüssen, frei von staatlicher Bevormundung und frei in der Gestaltung ihrer Vertragsanliegenheiten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich sehe in dem Antrag der Linken – das ist vorhin schon kurz angesprochen worden – das Gegenteil. In diesem soll es auf eine Reglementierung hinauslaufen.

(Sabine Zimmermann [Zwickau] [DIE LINKE]:  
Nein, auf mehr Geld!)

Das ist für mich völlig indiskutabel. Dazu werden Sie von uns niemals eine Zustimmung erhalten. Das geht an der Verfassungswirklichkeit und dem Grundgedanken der Verfassung vollends vorbei.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(D) Es handelt sich dabei meines Erachtens um eine völlig nutzlose Andienerei, um eine plumpe Kumpanei mit den Tarifvertragsparteien. Aber ich glaube, dass die Gewerkschaften das gar nicht wollen und gar nicht brauchen. Im Gegenteil: Unsere Gewerkschaften sind stark. Sie entscheiden nach eigenem Ermessen, ohne Einflussnahme des Deutschen Bundestages. Bedenken Sie einmal, wie das Gegenteil wirken würde: Was wäre los, wenn wir im nächsten Jahr beschließen würden: „Die Bundesregierung wird aufgefordert, keine der gewerkschaftlichen Forderungen zu akzeptieren“? Das wäre genauso wenig bindend wie das, was Sie jetzt fordern.

Meine Damen und Herren, es finden Tarifverhandlungen statt. Es geht um die Löhne und Gehälter von 2 Millionen Beschäftigten von etwa 10 000 Arbeitgebern im öffentlichen Dienst. Es werden Volumina von 6 Milliarden Euro und schließlich von 8,6 Milliarden Euro verhandelt. Ein Tarifvertrag ist ein Vertrag. Ein Vertrag sieht Verbindlichkeiten in jegliche Richtung vor. Jemand muss diese 8,6 Milliarden Euro bezahlen. Das sind zunächst einmal die Verhandlungspartner. Das sind neben dem Bund die Kommunen. Aber Kommune ist nicht gleich Kommune; Stadt ist nicht gleich Stadt. Die Stadt München kann das möglicherweise bezahlen.

(Harald Weinberg [DIE LINKE]: Neumarkt!)

– Neumarkt zum Beispiel könnte das bezahlen; da hast du recht. Das könnte ich jetzt gut ausführen. Sollte dazu eine Zwischenfrage gestellt werden, dann führe ich das gerne näher aus.

Auch der Speckgürtel um München herum könnte das bezahlen, das Ruhrgebiet allerdings nicht. Die Zahlen spiegeln nicht immer die vollständige Wahrheit wider.